

schaft, europäischem Know-how auf vielen Gebieten offenen Zugang zu bieten.

Die zunehmenden Kontakte zwischen potentiellen Joint-Venture-Partnern werfen ein bezeichnendes Licht auf eine veränderte Einschätzung des kanadischen Leistungsvermögens durch Europäer. Der Mythos vom Rohstoffriesen ist in diesen Jahren entscheidend angereichert worden. Die Vielzahl europäischer Firmengründungen auf dem Verarbeitungssektor verdeutlicht dies.

So gesehen, hat sich das Rahmenabkommen von 1976 als ein wichtiges Instrument zur Verbesserung gegenseitiger Konsultationen und zu einem wesentlich vertieften Kennenlernen erwiesen.

Gleichwohl hieße es die Augen vor den Realitäten verschließen, würde man nicht auch von enttäuschten Hoffnungen sprechen. Premierminister Pierre Trudeau hat in diesen Wochen in einem Interview (s. Seite 8) auf "die relativ geringen Erfolge" hingewiesen, die sich aus dem Abkommen ergeben hätten.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1979 in Tokio äußerte sich der damalige Premierminister Joseph Clark ähnlich enttäuscht und warf die Frage auf, ob es nicht angesichts dieser Entwicklung an der Zeit sei, über eine engere Verzahnung wirtschaftlicher Verbindungen mit den USA wenigstens nachzudenken. Einer der kanadischen Chefunterhändler bei

den GATT-Verhandlungen, Rodney de C. Grey, warf der Europäischen Gemeinschaft totale Mißachtung kanadischer Interessen vor. Die EGBürokratie habe dazu beigetragen, so Grey, GATT-Regelungen zu ermöglichen, die "als Anfang vom Ende einer Welthandelsordnung, in der Kanada noch prosperieren kann", gesehen werden.

Trotzdem - trotz Fischereistreit innerhalb der Gemeinschaft, trotz dubioser EG-Praktiken bei der Vergabe von Rindfleischimport-Kontingenten an die USA (unter offenkundiger Umgehung geltender GATT-Regeln), trotz eines noch immer unterwickelten politischen Entscheidungsinstrumentariums der EG - baut Kanada auch weiterhin auf Bemühungen zur verstärkten Zusammenarbeit. In diesem Sinne äußerte sich Anfang 1980 der damalige kanadische Botschafter in Bonn, John Halstead, anläßlich eines Wirtschaftssymposiums in Köln: Wenn es so etwas wie komplementäre Interessen des rohstoffreichen Kanada und der technologisch hochentwickelten Europäischen Gemeinschaft gäbe, dann bestünde auch die "gegenseitige Verpflichtung" zu permanenten Konsultationen. Mehr noch: Dann wäre es nur natürlich, "wenn eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Kanada und Europa zu einer entsprechenden Intensivierung der politischen Zusammenarbeit führen würde".

Dabei ist der kanadischen Bundesregierung durchaus klar, wie begrenzt die Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handels der EG-Organe noch immer sind. Tatsächlich konnten Kanadier hier einen für sie wichtigen Lernprozeß erleben. Entsprechend hat sich Kanadas Außenpolitik auch wieder verstärkt auf bilaterale Kontakte zu einzelnen Regierungen verlagert.

Fest steht, daß Kanada seine Bereitschaft zu offener Partnerschaft immer wieder erneuert und auch Mal um Mal die Bedeutung unterstrichen hat, die es dem Rahmenabkommen beimißt:

- als ständige Einrichtung zur Pflege institutionalisierter Kontakte zwischen Ottawa und Brüssel sowie zur Gewährleistung regelmäßiger Konsultationen auf allen Ebenen;
- als ein Medium, mit dessen Hilfe man, wo immer erforderlich, darauf hinweisen kann, daß Kanadas Interessen nicht, wie in der Vergangenheit vielfach fälschlicherweise angenommen, mit denen der USA deckungsgleich sind;
- als ein wichtiger Beitrag zur Schaffung eines allgemein günstigen multilateralen wirtschaftspolitischen Klimas.

Nur wenige andere Wirtschaftsräume sind so, wie die Europäische Gemeinschaft und Kanada, von einer günstigen, auch klimatischen Weiterentwicklung abhängig.